



IW-Gutachten

Handelspolitik der EU

transparent und strategisch

aufstellen

Handelspolitische Empfehlungen für Bundesregierung und EU
Galina Kolev

Auftraggeber: INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
Georgenstraße 22
10117 Berlin
Köln, 12.10.2020

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
1 Transparenz und Nachhaltigkeitsanforderungen in der EU-Handelspolitik	3
2 Handelsbeziehungen zu den USA im Zeichen protektionistischer Drohungen	5
3 Handelsbeziehungen zum VK im Zeichen des Brexits	7
4 Neue Herausforderungen für die EU-Handelspolitik	8
Literatur	10

Zusammenfassung

Die Bundesregierung hat die EU-Ratspräsidentschaft in einer kritischen Zeit übernommen. Das gilt jenseits der direkten makroökonomischen Folgen der Corona-Krise auch für die Handelspolitik der EU. Gerade für Deutschland mit seiner exportorientierten Wirtschaft sind die Weichenstellungen entscheidend, die aktuell getroffen oder eingeleitet werden. Die EU sollte sich in einem geopolitisch schwierigeren internationalen Umfeld strategischer und robuster aufstellen.

Auch gegenüber den USA und dem Vereinigten Königreich (VK) ist neben kooperativer Verhandlungstaktik hinreichende Robustheit gefragt. Die Trump-Administration hat zwar vor allem gegenüber China den Handelskonflikt eskaliert, jedoch durch protektionistische Maßnahmen und Drohungen auch die transatlantischen Handelsbeziehungen stark belastet. Und in den komplizierten und langwierigen Brexit-Verhandlungen droht die britische Regierung inzwischen sogar mit einem Bruch des Austrittsvertrags. Mit Blick auf Freihandelsabkommen mit weiteren Handelspartnern spielt zudem ein weiterer Trend eine Rolle. Nach Kritik an mangelnder Transparenz stellt die Europäische Kommission seit einigen Jahren wesentlich mehr Informationen über ihre Verhandlungen zur Verfügung. Zudem hat sie auf weitere Forderungen der Zivilgesellschaft reagiert und schon seit Längerem zahlreiche Nachhaltigkeitsanforderungen in ihre Abkommen mit aufgenommen, über deren Durchsetzbarkeit allerdings noch debattiert wird, etwa mit Blick auf das umstrittene Mercosur-Abkommen. Schließlich sollte Deutschland das ausverhandelte und teilweise vorläufig in Kraft getretene Abkommen mit Kanada (CETA) endlich ratifizieren.

Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte sich für eine Fortsetzung der bisherigen handelspolitischen Strategien einsetzen:

- **Transparenzmaßnahmen** gilt es weiter zu stärken. Bei der Durchsetzbarkeit von Nachhaltigkeitsanforderungen besteht noch Forschungsbedarf. Daher sollte die Kommission angehalten werden, neutrale Studien über die Wirkung von Sanktionen in Auftrag zu geben.
- Die EU muss gegenüber der Trump-Administration Stärke zeigen und US-Drohungen mit Zöllen auf europäische Autos weiterhin mit der Androhung von Gegenmaßnahmen beantworten. Darüber hinaus sollte die EU weiter konstruktive Verhandlungsangebote machen. Deren Erfolgsaussichten dürften bei einem möglichen Regierungswechsel im November unter einer Biden-Administration größere Erfolgsaussichten haben.
- Gegenüber dem VK sollte die EU ebenfalls die Größe des Binnenmarktes nutzen, um aus einer Position der Stärke weiterhin entschieden, aber konstruktiv zu verhandeln. Ein möglicher Bruch des Austrittsabkommens durch die britische Regierung wird eine Einigung zusätzlich erschweren. Wichtig ist, dass sich die Mitgliedstaaten durch derartige britische Strategien nicht spalten lassen.

1 **Transparenz und Nachhaltigkeitsanforderungen in der EU-Handelspolitik**

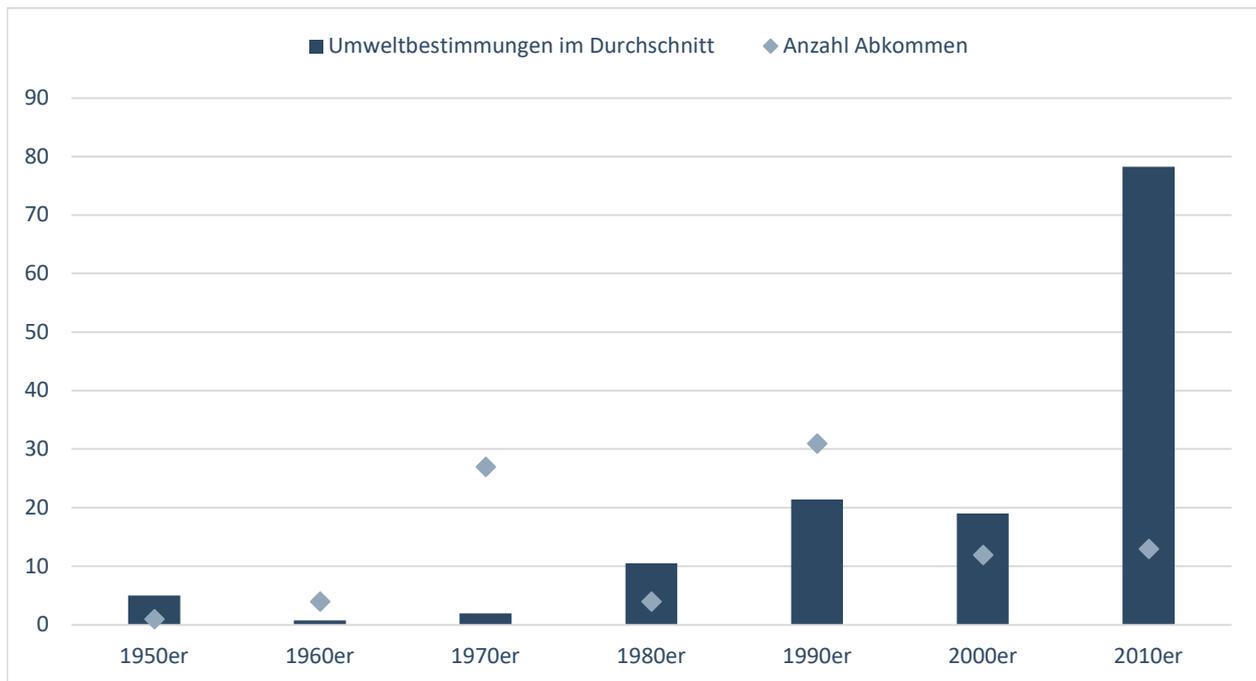
Der Kurs der EU-Handelspolitik hat sich im Lauf der letzten Jahre stark verändert. Besonders die öffentliche Debatte um die Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA und die darin signalisierten Bedürfnisse der EU-Bevölkerung für mehr Transparenz und Mitbestimmung führten zu einem Paradigmenwechsel. Während in der Vergangenheit viele Handelsabkommen hinter verschlossener Tür ausverhandelt wurden und der Text erst am Ende der Verhandlungen publik gemacht wurde, hat besonders die Transparenzinitiative der letzten EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström es den breiten Bevölkerungsgruppen ermöglicht, über den Verhandlungsprozess zu Handelsabkommen informiert zu sein und auch die eigenen Anliegen über verschiedene Konsultationen und regelmäßige Informationsveranstaltungen der Kommission mit Stakeholdern zu adressieren. Das gestiegene Interesse der Bürgerinnen und Bürger der EU ist gerechtfertigt. Vor etwa zwei Jahrzehnten tangierten Freihandelsabkommen hauptsächlich die Zollbestimmungen zwischen den beteiligten Handelspartnern. Moderne Handelsabkommen erstrecken sich darüber hinaus und betreffen oft das öffentliche Beschaffungswesen, die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen und auch den Schutz ausländischer Investoren im Gastland.

Auch die Anforderungen der Bevölkerung hinsichtlich der Inhalte von Handelsabkommen haben sich verändert. In den letzten Jahren wurde vor allem von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen angeregt, dass die EU-Handelspolitik neben dem Ziel des freien Handels dafür sorgen soll, dass die hohen Produktstandards in der EU aufrechterhalten bleiben und Nachhaltigkeitsziele verfolgt werden. Die EU-Kommission hat diese Forderungen ernst genommen und weitestgehend auf den Abbau von derartigen Regulierungen im Rahmen von Handelsabkommen verzichtet, obwohl diese als nicht-tarifäre Handelshemmnisse wirken können. Zudem hat sie gerade in den letzten Jahren die Verfolgung von Nachhaltigkeitszielen zu einem integralen Teil der verhandelten Abkommen gemacht, wie Abbildung 2-1 am Beispiel von Umweltschutzbestimmungen verdeutlicht. Während in den 1990er und 2000er Jahren im Durchschnitt etwa 20 Umweltschutzbestimmungen pro abgeschlossenes Abkommen enthalten waren, stieg die Anzahl in den 2010er Jahren auf knapp 80. Mittlerweile ist es gängige Praxis, den Schutz der Umwelt bereits in der Präambel der Abkommen zu betonen und immer wieder im Text des Abkommens darauf hinzuweisen, dass der freie Handel und die Investitionen im Ausland nicht zulasten des Umweltschutzes erfolgen dürfen. Das EU-Vorsichtsprinzip wird in den meisten Abkommen ebenfalls festgeschrieben wie auch die Souveränität der EU in der Umweltpolitik.

Die Bürgerinnen und Bürger der EU erkennen ebenfalls diese Herausforderung und unterstützen entsprechend die von der Europäischen Kommission eingeführten Maßnahmen. Nach ihren Angaben sind derzeit mehr als 130 schützende handelspolitische Maßnahmen vonseiten der EU in Kraft, die zur Erhaltung von 343.000 europäischen Arbeitsplätzen beitragen (European Commission, 2020d). Allerdings hält es ein Drittel der von der Europäischen Kommission Befragten für naiv zu erwarten, dass andere Länder die Handelsregeln einhalten (European Commission, 2020d). Mehr als die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass die EU die Einfuhrzölle für Nicht-EU-Länder oder Unternehmen erhöhen sollte, die nicht die internationalen Handelsregeln befolgen.

Abbildung 2-1: Umweltschutzbestimmungen in Abkommen der EU

Anzahl der Umweltschutzbestimmungen pro Abkommen im Durchschnitt; Anzahl abgeschlossener Abkommen



Quellen: Morin, 2018; TRade & ENvironment Database (TREND)

Die Durchsetzbarkeit der in Handelsabkommen enthaltenen Nachhaltigkeitsbestimmungen ist ein kontrovers diskutierter Punkt. Vor allem die Debatte um den Verhandlungsprozess für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Ländern (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) zeigt, dass hier zu prüfen ist, ob strengere Durchsetzungsregeln etwa in Sachen Umwelt- und Arbeitnehmerschutz bessere Ergebnisse liefern könnten. Das im ausverhandelten Text des Abkommens enthaltene Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung ist ambitioniert und enthält verbindliche Regeln zu Arbeit-, Umwelt- und Klimaschutz (Kolev, 2020b). Das Abkommen soll dazu beitragen, dass Vereinbarungen multilateraler Regelwerke wie das Pariser Klimaschutzabkommen oder die ILO-Übereinkommen gefördert werden. Zudem sehen die inkludierten Dialog- und Monitoring-Mechanismen sowie das Streitschlichtungsverfahren bei Nicht-Einhalten der vereinbarten Regeln einen institutionalisierten Austausch unter Einbeziehen der Zivilgesellschaft und internationaler Organisationen vor. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die EU nicht noch weitere Ex-ante-Bedingungen stellen soll, um ähnlich wie im Bereich des Arbeitsschutzes auch umweltpolitische Ziele zu adressieren, etwa im Zusammenhang mit der Erhaltung des Amazonas-Gebiets.

Zudem wird immer wieder betont, dass bei fehlender Sanktionierbarkeit die Umsetzung der enthaltenen Nachhaltigkeitsbestimmungen nicht sichergestellt werden kann (siehe etwa Bündnis 90/Die Grünen, 2019). Die wissenschaftliche Evidenz zur Auswirkung der Sanktionierbarkeit von Nachhaltigkeitsbestimmungen in Handelsabkommen ist in der Literatur nicht hinreichend geprüft und sollte daher weiter erforscht werden (Kolev, 2020b). Die deutsche EU-

Ratspräsidentschaft kann hier genutzt werden, um weitere wissenschaftliche Studien in Auftrag zu geben, um etwas mehr Klarheit zur Wirkung solcher Bestimmungen zu gewinnen.

In diesen Kontext fällt auch die Diskussion um ein geplantes Lieferkettengesetz, das auf nationaler Ebene für viel Unruhe und Ungewissheit sorgt. Es ist ein nachvollziehbarer Wunsch vieler Bevölkerungsgruppen zu wissen, dass die von ihnen gekauften und konsumierten Produkte zu menschenwürdigen Bedingungen hergestellt wurden. Zahlreiche Skandale aus der Vergangenheit und die damit verbundenen Imageverluste haben dazu geführt, dass die im Ausland produzierenden Unternehmen ihre Lieferantenbeziehungen vorsichtiger prüfen und Risiken vermeiden wollen, die ihr Geschäft gefährden könnten. Eine sanktionierbare Verpflichtung mittels eines Lieferkettengesetzes ist jedoch höchst umstritten. Sie sollte auf einen begrenzten, genau geregelten und realistisch zu prüfenden Umfang an Lieferantenbeziehungen beschränkt werden. Denn in der heutigen Welt und bei der aktuell herrschenden Fragmentierung der Wertschöpfungsketten würde es einen nicht vertretbaren und teils nicht leistbaren bürokratischen Aufwand gerade für KMU bedeuten, die Verantwortung für jeden einzelnen indirekten Lieferanten tragen zu müssen. Dies gilt umso mehr, wenn die hiesigen Unternehmen nur einen eingeschränkten Einblick in die eigenen Lieferstrukturen ihrer Lieferanten bekommen können. Haftung und Kontrolle müssen hier unbedingt Hand in Hand gehen.

Nachdem die EU-Handelspolitik weitgehend auf dem richtigen Weg ist, die Anforderungen der Stakeholder hinsichtlich Transparenz, Mitsprache und der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten umzusetzen, steht sie im Jahr 2020 vor zahlreichen weiteren Herausforderungen. An erster Stelle sind hierbei das konfliktäre internationale Umfeld um die WTO sowie der Kurswechsel der US-Handelspolitik hin zu mehr Protektionismus zu nennen und hier besonders der Handelskonflikt und die Decouplingtendenzen zwischen den USA und China.

2 Handelsbeziehungen zu den USA im Zeichen protektionistischer Drohungen

Der veränderte handelspolitische Kurs der USA stellt eine der größten Herausforderungen der EU-Handelspolitik dar. Während die USA bis etwa vor der Finanzkrise 2009 ein verlässlicher Partner waren, der nach dem Zweiten Weltkrieg aktiv die globale Handelsordnung mit ausgestaltete und sich im Prozess der Handelsliberalisierung engagierte, haben die USA in den letzten Jahren für zahlreiche handelspolitische Konfrontationen gesorgt. Schon vor der Trump-Administration lagen Hinweise über verdeckten Protektionismus in den USA vor, etwa in der Form von verschärften Anforderungen über lokal erbrachte Wertschöpfungsanteile oder intensivere Zollkontrollen (Grundke/Moser, 2014). Doch seit dem Amtswechsel zu Beginn des Jahres 2017 hat sich nicht nur die Ausrichtung der US-Handelspolitik drastisch verändert, sondern auch der Ton, mit dem diese Politik betrieben wird:

- Sofort nach seinem Amtsantritt machte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der USA aus der bereits ausverhandelten Transpazifischen Partnerschaft (TPP) offiziell und die Verhandlungen mit der EU zu einem Handels- und Investitionsabkommen wurden abgebrochen.

- Handelsbeschränkungen wurden zunächst auf Waschmaschinen eingeführt, später auf Stahl- und Aluminiumimporte mit der fragwürdigen Begründung, die Stahl- und Aluminiumimporte (selbst von engen westlichen Partnern) würden die nationale Sicherheit der USA gefährden. Auch mit Verweis auf eine vermeintliche Bedrohung der nationalen Sicherheit hat der US-Präsident immer wieder mit zweistelligen Zöllen auf Automobilexporte gedroht, mit Verweis auf die seiner Ansicht nach zu hohen Automobilexporte Deutschlands in die USA, aber auch anderer Länder wie Japan. Somit nutzten die USA ein mögliches Schlupfloch in den WTO-Regeln, die unter bestimmten Bedingungen Handelsbarrieren unter Berufung auf die nationale Sicherheit erlauben. Ob die Bedingungen gegeben sind, muss juristisch geklärt werden. Diese Ausnahme wurde von den Handelspartnern seit den 1980er Jahren in stillschweigender Übereinkunft nicht genutzt, um keine neue Protektionismuswelle auszulösen.
- Mit China ließen die USA den Handelskonflikt in mehreren Stufen eskalieren. Die Trump-Administration will damit nicht nur die unfairen Handelspraktiken im Reich der Mitte bestrafen, sondern auch das eigene Handelsbilanzdefizit senken. Studien zeigen jedoch, dass es vornehmlich zu Handelsumlenkungseffekten kam, sodass die gesunkenen Importe aus China durch Importe aus anderen Ländern wie Vietnam oder Mexiko kompensiert wurden (Kolev, 2020c).

Für die europäischen Unternehmen sind die konfrontative Handelspolitik der USA ein großer Unsicherheitsfaktor. Die USA sind mit einem Anteil von 15,2 Prozent am gesamten Handelsvolumen der größte Handelspartner für die EU im Extra-EU-Handel. Besonders auf der Exportseite belegten sie im Jahr 2019 mit 18,0 Prozent mit Abstand den ersten Platz unter den Exportzielländern der EU. Auch für die deutsche Wirtschaft stellten die USA im Jahr 2019 mit 8,9 Prozent den am Umsatz gemessenen wichtigsten Exportmarkt dar. Doch deutsche Unternehmen beliefern den US-Markt nicht nur von Europa aus. Sie haben zahlreiche Produktionsstätten dort vor Ort und stellen an ihren US-Standorten Waren nicht nur für den nordamerikanischen Markt her, sondern auch für den Export. Somit sind die USA nicht nur der wichtigste Exportmarkt für die deutsche Wirtschaft, sondern gemessen an den Direktinvestitionen auch der wichtigste Investitionsstandort. Etwa 28,3 Prozent der gesamten deutschen Direktinvestitionsbestände (Auslandsinvestitionen mit einer Beteiligung von mindestens 10 Prozent) entfielen im Jahr 2018 auf die USA. Damit verbunden sind über 900.000 Arbeitsplätze, die deutsche Unternehmen durch diese Form der Investitionen in den USA zu Verfügung stellen.

Die kommenden Monate werden herausfordernd bleiben, zumal eine dramatische Kursänderung in Sachen Handelspolitik selbst bei einer Wahl Joe Bidens zum nächsten US-Präsidenten nicht zu erwarten ist (Bardt/Kolev, 2020). Zwar scheint der handelspolitische Ansatz des demokratischen Kandidaten etwas kooperativer zu sein. Gleichwohl trägt das aktuelle Wahlprogramm deutlich protektionistische Züge, etwa in Form von Buy-American-Regeln, die noch verschärft werden sollen. Somit ist selbst mit einem neuen Präsidenten nicht damit zu rechnen, dass die USA zu einem liberalen handelspolitischen Kurs zurückkehren.

Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte zunächst die US-Präsidentschaftswahl abwarten, zumal Handelspolitik im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle spielt. Nach der Wahl ist es jedoch wichtig, den Dialog fortzusetzen und unabhängig von dem Ausgang der Wahl auf Verhandlungen zu setzen, um die USA für das Thema WTO wiederzugewinnen. Es gilt, die amerikanischen Bedenken hinsichtlich der globalen Handelsregeln noch besser zu verstehen und weitere gemeinsame Ideen für konstruktive Reformen zu entwickeln. Auch die bilateralen handelspolitischen Spannungen sind anzugehen. Im Bereich des Automobilhandels ist zum Beispiel in gemeinsamer Kooperation ein globales Abkommen im Rahmen der WTO denkbar, um die Asymmetrien bei den Zollsätzen zu beseitigen und weitere Handelsbarrieren abzubauen. Es bleibt dabei aber auch wichtig, Stärke zu signalisieren. So müssen die deutsche Ratspräsidentschaft und die EU weiterhin deutlich machen, dass man bei US-Importzöllen auf Autos mit proportionalen Vergeltungsmaßnahmen reagiert.

3 Handelsbeziehungen zum VK im Zeichen des Brexits

Nicht weniger relevant für die EU sind auch die Herausforderungen im Verhandlungsprozess mit dem VK über die neuen Wirtschaftsbeziehungen nach dem vollständigen Austritt aus der EU. Obwohl sich bislang die Handelsregeln mit dem VK noch nicht geändert haben, sind bereits tiefe Spuren der Brexit-Diskussion und der damit einhergehenden Pfund-Abwertung zu sehen. Die folgenden Daten deuten darauf hin, dass die Unternehmen auf beiden Seiten bereits begonnen haben, ihre Wertschöpfungsketten umzubauen. Darunter dürfte in erster Linie die britische Wirtschaft leiden, weil ihre Firmen weniger als Zulieferer für EU-Firmen partizipieren können.

War das VK im Jahr 2015 mit einem Warenexportanteil von 7,5 Prozent noch Deutschlands dritt-wichtigster Exportpartner, rutschte es bis 2019 auf Rang 5 ab mit nur noch 5,9 Prozent. Dahinter steht ein Rückgang von über 11 Prozent. Während in der langen Frist von 1991 bis 2015 die deutschen Ausfuhren in das VK im Jahresdurchschnitt um über 5 Prozent anstiegen, ergab sich für die letzten vier Jahre ein jahresdurchschnittliches Minus von 3 Prozent. Bei den einzelnen Warengruppen mussten besonders Kraftfahrzeuge und -teile bei den Ausfuhren und Einfuhren einen Rückgang des Austauschs verzeichnen (Busch, 2020). Inklusive Einfuhren ging es im Warenhandel insgesamt von Rang 5 auf Rang 7 zurück.

Aus Sicht der EU-27 war das VK hinter den USA und China der drittwichtigste Handelspartner mit einem Anteil von 12,6 Prozent des Warenhandels im Jahr 2019 im Extra-EU-Handel, bei dem der Handel in der EU nicht berücksichtigt ist. Über die zukünftigen Handelsbeziehungen wird derzeit zwischen der EU und dem VK verhandelt. Die britische Regierung will die Übergangsphase, die seit dem Austritt Ende Januar 2020 gilt und während der die Handelsregeln weitgehend unverändert geblieben sind, Ende 2020 beenden. Die Hoffnung wird immer geringer, dass es bis dahin noch zu einem zumindest rudimentären Freihandelsabkommen kommen wird. Es könnte dazu kommen, dass im gegenseitigen Handel nicht nur Grenzkontrollen, sondern auch Zölle eingeführt werden müssen und das VK zu einem WTO-Drittland wie China und die USA wird. Dies würde dem VK zweifellos sehr viel mehr schaden als der EU und Deutschland, weil die EU für Britannien mit einem Exportanteil im Waren- und Dienstleistungshandel von rund

43 Prozent im Jahr 2019 der sehr viel wichtigere Handelspartner ist als umgekehrt mit einem Anteil von rund 7 Prozent, wenn man die Intra-Exporte der EU-27-Länder untereinander einbezieht. Allerdings würden auch EU-Firmen unter einem solchen harten Brexit leiden, obwohl sie sich zunehmend auf diesen Schritt vorbereitet haben.

Für die konservative britische Regierung, die ihren Anspruch auf ein neues „Global Britain“ mit dem Brexit durchsetzen will, scheint es sehr schwierig zu akzeptieren, dass sie aufgrund der ökonomischen Gegebenheiten bei den Verhandlungen am kürzeren Hebel sitzt. Die EU besteht auf Mindeststandards bei Umwelt- und Sozialbedingungen sowie bei Wettbewerbs- und Subventionsregeln. Die britische Regierung will ihre Handlungssouveränität in diesen Bereichen jedoch nicht so stark einschränken lassen. Ihren Verweis auf andere ähnliche Abkommen ohne solche Mindeststandards beantwortet die EU mit dem Hinweis darauf, dass das VK geografisch sehr viel näher liegt als etwa Kanada.

Vor diesem Hintergrund ging die britische Regierung zuletzt auf Konfrontationskurs und droht, einzelne Teile des Anfang Februar 2020 in Kraft getretenen Austrittsabkommens in Bezug auf Nordirland zu ändern. Mit diesem Vertragsbruch riskiert sie auf Jahre hinaus den Ruf des VK als verlässlichen internationalen Partner. Verständlicherweise hat dies die Position der EU und der deutschen Ratspräsidentschaft gegenüber der Johnson-Regierung weiter verhärtet. Wichtig ist, dass sich die Mitgliedstaaten durch derartige britische Manöver weiterhin nicht spalten lassen. Dafür muss die deutsche Ratspräsidentschaft sorgen, obwohl gerade Deutschland handelsmäßig überproportional exponiert ist.

4 Neue Herausforderungen für die EU-Handelspolitik

Im Vorfeld der deutschen Ratspräsidentschaft stand die EU-Handelspolitik nicht zuletzt vor der Herausforderung, die nachhaltige wirtschaftliche Erholung nach dem dramatischen konjunkturellen Einbruch im Zuge der Corona-Pandemie zu unterstützen. Bereits im Juni kündigte die Europäische Kommission eine Überprüfung der EU-Handels- und Investitionspolitik an (European Commission, 2020e). Hierbei verfolgt die Europäische Kommission im Wesentlichen zwei Ziele:

- Zum einen soll bewertet werden, wie die Handelspolitik zu einer raschen und nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung beitragen kann, indem sie die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen in der Post-COVID-19-Zeit stärkt und die EU-Werte und Standards fördert.
- Zum anderen soll geprüft werden, wie die EU-Handelspolitik zur Stärkung der EU auf Basis eines Modells der „offenen strategischen Autonomie“ beitragen kann. Hier arbeitet die Europäische Kommission an einer Strategie, die die Vorteile offener Märkte für die europäischen Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher sichert, während sie sie gleichzeitig vor unlauteren Praktiken schützt und die Resilienz der europäischen Wirtschaft für die Zukunft unterstützt.

Im Einklang mit dem Transparenzbekanntnis der Europäischen Kommission startete sie eine öffentliche Konsultation zu den Überprüfungsvorschlägen, um sich ein umfassendes Bild über die Anliegen und Forderungen wichtiger Stakeholder zu machen. Die Ergebnisse dieser Konsultation können auch der deutschen Ratspräsidentschaft wichtige Anregungen und Impulse geben.

In der gleichen Zeit kämpft die Europäische Kommission für eine stabile globale handelspolitische Ordnung, die auf marktwirtschaftlichen Prinzipien beruht und den liberalen Ansatz aus der Vergangenheit fortsetzt. Hier arbeitet die EU zusammen mit 13 gleichgesinnten WTO-Partnern im Rahmen der sogenannten Ottawa-Gruppe, unter anderem Japan, Südkorea, Kanada, Australien, Chile und Mexiko. Die Ottawa-Gruppe wurde im Oktober 2018 gegründet mit dem Ziel, sich gemeinsam für den Schutz und die Stärkung der WTO einzusetzen (European Commission, 2018b; siehe auch Kapitel 3). Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte diesen kooperativen Kurs der Koalitionsbildung weiterverfolgen. Die Chance ist groß, dass gerade Deutschland als Handelsnation und Schwergewicht in diesem Bereich mehr bewegen kann als andere Länder. Diese Chance sollte ergriffen werden durch Dialog und Verhandlungen mit wichtigen Handelspartnern.

Darüber hinaus gilt es, die Strategie weiterzuverfolgen, mit gleichgesinnten Partnerstaaten die Handelsbeziehungen durch Freihandelsabkommen zu vertiefen und dabei auch neue rechtliche Standards etwa im Bereich des Investitionsschutzes zu entwickeln. Daher sollte Deutschland das bereits ausverhandelte und teilweise vorläufig in Kraft getretene Abkommen mit Kanada (CETA) endlich ratifizieren. Das würde eine wichtige Signalwirkung entfalten.

Literatur¹

Backovic, Lazar, 2019, Kostspielige Dienstreise, in: Handelsblatt, Nr. 109, 7.6.2019, S. 52

Baldwin, Richard / Tomiura, Eiichi, 2020, Thinking ahead about the trade impact of COVID-19, in: Economics in the Time of COVID-19, S. 59

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2020, Kein schnelles Ende des Corona-Schocks: Ökonomische Einschätzungen deutscher Unternehmen, in: IW-Trends, 47. Jg., Nr. 2, S. 21–41

Bardt, Hubertus / Kolev, Galina, 2020, Biden versus Trump – Positionen in der Handels-, Wirtschafts- und Klimapolitik, IW-Policy Paper, Nr. 16, Köln

Bardt, Hubertus / Lichtblau, Karl, 2020, Industriepolitische Herausforderungen, Horizontale Ansätze und neue Aufgaben für den Staat, IW-Analysen, Nr. 139, Köln

Bénassy-Quéré, Agnès / Wolff, Guntram, 2020, How has the macro-economic imbalances procedure worked in practice to improve the resilience of the euro area?, Study, Economic Governance Support Unit (EGOV) Directorate-General for Internal Policies, PE 645.710, Europäisches Parlament, Brüssel

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2020, The World Trade Organization at 25. Assessing the Economic Value of the Rules Based Global Trading System, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/global-economic-dynamics/projektnachrichten/usa-china-und-deutschland-profitieren-am-staerksten-von-der-wto> [26.8.2020]

Bertelsmann Stiftung / Merics / Rhodium Group, 2019, Beyond investment screening – Expanding Europe’s toolbox to address economic risks from Chinese state capitalism, Gütersloh

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2020, Bundeswirtschaftsminister Altmaier stellt die handelspolitischen Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Ausschuss für internationalen Handel des Europäischen Parlaments vor, Pressemitteilung des BMWi vom 3.9.20, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/09/20200903-altmaier-stellt-handelspolitische-schwerpunkte-der-deutschen-eu-ratspraesidentschaft-im-ausschuss-fuer-internationalen-handel-des-europaeischen-parlaments-vor.html> [10.9.2020]

Bundesregierung, 2020, Gemeinsam. Europa wieder stark machen. Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, <https://www.eu2020.de/blob/2368182/31b12ea327ea1ab489932b9bd3d18841/07-15-pdf-rp-programm-neu-2--data.pdf> [26.8.2020]

¹ Die Literaturliste bezieht sich auf die Langfassung dieses Gutachtens zu verschiedenen handelspolitischen Themen. Das vorliegende Teilgutachten ist eine Auskoppelung.

Bündnis 90/Die Grünen, 2019, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.9.2019, Für eine nachhaltige EU-Handelspolitik – EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen stoppen, Landtag Nordrhein-Westfalen, 17. Wahlperiode, Düsseldorf

Busch, Berthold, 2013, Europas Binnenmarkt. Wirtschaftsraum mit Potenzial, Gutachten, 12.7.2013, <https://www.iwkoeln.de/studien/gutachten/beitrag/berthold-busch-europas-binnenmarkt-118924.html> [26.8.2020]

Busch, Berthold, 2020, Brexit und Außenhandel, IW-Report, Nr. 39, Köln

Busch, Berthold / Matthes, Jürgen, 2018, Neue Prioritäten für die Europäische Union, IW-Report, Nr. 17, Köln

Busch, Berthold / Matthes, Jürgen, 2020, Der Binnenmarkt – Herzstück der europäischen Integration, in: Becker, Peter / Lippert, Barbara (Hrsg.), Handbuch Europäische Integration, Bd. 2, S. 701–725

Eisenkopf, Alexander / Knorr, Andreas, 2020, Straßengüterverkehr: geplantes EU-Entsenderecht – ein protektionistischer Affront, in: Wirtschaftsdienst, 100. Jg., Nr. 3, S. 201–207

EP – European Parliament, 2019a, Balanced and fairer world trade defence – EU, US and WTO perspectives, Workshop documentation, EP/EXPO/B/INTA/2018/08-10, Brüssel

EP, 2019b, Europe's two trillion euro dividend, Mapping the Cost of Non-Europe, 2019-24, European Parliamentary Research Service, European Added Value Unit, PE 631.745 - April 2019 EN, Brüssel

EP, 2020, Draft, European Parliament Legislative Resolution on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 654/2014 of the European Parliament and of the Council concerning the exercise of the Union's rights for the application and enforcement of international trade rules, Brüssel

Europäische Kommission, 2002, Bericht über den Stand des Binnenmarktes für Dienstleistungen, KOM(2002) 441, Brüssel

Europäische Kommission, 2019, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 654/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und die Durchsetzung internationaler Handelsregeln, COM(2019) 623 final, Brüssel

Europäische Kommission, 2020a, Mitteilung, Langfristiger Aktionsplan zur besseren Umsetzung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften, COM(2020)94, Brüssel

Europäische Kommission, 2020b, Mitteilung, Hindernisse für den Binnenmarkt ermitteln und abbauen, COM(2020) 93, Brüssel

Europäischer Rat, 2020, Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (17., 18., 19., 20. und 21. Juli 2020) – Schlussfolgerungen, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10-2020-INIT/de/pdf> [26.8.2020]

European Commission, 2016, European Commission Takes Action to Open Up International Procurement Markets, Pressemitteilung, 29.1.2016, Brüssel

European Commission, 2017, On Significant Distortions in the Economy of the People's Republic of China for the Purposes of Trade Defence Investigations, SWD(2017) 483 final/2, Brüssel

European Commission, 2018a, WTO Modernisation, Concept paper, https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/september/tradoc_157331.pdf [13.5.2020]

European Commission, 2018b, Alliance emerges on WTO Reform at Ottawa Ministerial, <https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1932&title=Alliance-emerges-on-WTO-Reform-at-Ottawa-Ministerial> [11.9.2020]

European Commission, 2020a, Trade in Healthcare Products, Concept Paper, 11.6.2020, https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/june/tradoc_158776.pdf [26.8.2020]

European Commission, 2020b, EU-China Comprehensive Agreement on Investment, last updated 29.7.2020, <https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2115> [27.8.2020]

European Commission, 2020c, White Paper on levelling the playing field as regards foreign subsidies, COM (2020) 253 final, Brüssel

European Commission, 2020d, Europeans' attitudes on Trade and EU trade policy, Special Eurobarometer 491, Brüssel

European Commission, 2020e, A renewed trade policy for a stronger Europe, Consultation Note, 16.6.20, https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/june/tradoc_158779.pdf [11.9.2020]

European Court of Auditors, 2020, The European Semester – Country Specific Recommendations address important issues but need better implementation, Special Report, Nr. 16/2020, Luxemburg

Eurostat, 2020a, Verbraucherpreisniveaus im Jahr 2019, Pressemitteilung, Nr. 99, 19.6.2020, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11008690/2-19062020-AP-DE.pdf/291bd291-4754-3fc1-26e9-036b9d581d35> [26.8.2020]

Eurostat, 2020b, Comparative price levels of consumer goods and services, Statistics explained, Juni, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Comparative_price_levels_of_consumer_goods_and_services [26.8.2020]

EZB – Europäische Zentralbank, 2015, Lebensmittelpreise im Euro-Währungsgebiet: Ergebnisse der Untersuchung disaggregierter Preisdaten, in: EZB-Wirtschaftsbericht, Nr. 1, S. 42–62, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/602218/365f84e8d17714e68c40c1e5965287b8/mL/2015-01-ezb-wb-data.pdf> [26.8.2020]

Fiorini, Matteo et al., 2020, WTO negotiation and institutional reform priorities: Stakeholder perspectives, VoxEU-Kolumne, <https://voxeu.org/article/wto-negotiation-and-institutional-reform-priorities-stakeholder-perspectives> [26.8.2020]

Fritsch, Manuel / Matthes, Jürgen, 2020, On the relevance of global value chains and the intra-European division of labour, in: National Institute Economic Review, Nr. 252, Mai, S. R4-R18

Geinitz, Christian / Kotowski, Timo / Neuscheler, Tillmann, 2020, Französische Milliardenhilfen für Autoindustrie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 122, 27.5.2020, S. 15

Glania, Guido / Matthes, Jürgen, 2005, Multilateralismus oder Regionalismus? Optionen für die Handelspolitik der Europäischen Union, IW-Analysen, Nr. 11, Köln

Grömling, Michael, 2020, Produktionsrestriktionen der deutschen Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie, IW-Kurzbericht, Nr. 80, Köln

Grundke, Robert / Moser, Christoph, 2014, Hidden Protectionism? Evidence from Non-tariff Barriers to Trade in the United States, CESifo Working Paper, Nr. 5142, München

GTA – Global Trade Alert, 2020, Database https://www.globaltradealert.org/global_dynamics/area_all/day-to_0903 [26.8.2020]

GTAI – Germany Trade and Invest, 2018, „Made in Germany“ auf dem Prüfstand, Ausgabe 2018/2019, Bonn

Handelsblatt, 2019, Wirtschaft schimpft über Bürokratiemonster, Nr. 34, 18.2.2019, S. 13

Hatje, Armin, 2007, Die Dienstleistungsrichtlinie – Auf der Suche nach dem liberalen Mehrwert, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), Nr. 33, S. 2357–2363

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur, 2020, Weite Wege der Erholung – IW-Konjunkturprognose Herbst 2020, IW-Report, Nr. 46, Köln

Kober, Klemens / Kirchhoff, Jasmina / Matthes, Jürgen, 2020a, Corona-Krise macht Liberalisierung des Handels mit Gesundheitsgütern noch dringlicher, IW-Kurzbericht, Nr. 69, Köln

Kober, Klemens / Kirchhoff, Jasmina / Matthes, Jürgen, 2020b, Gerade in Corona-bedingte Zeiten: Ausfuhrbeschränkungen Handelsbeschränkungen aufheben, in: ICC Germany Magazin, Nr. 11, erscheint in Kürze

Koch, Thorsten / Kuhlmann, Bärbel, 2019, Die Entsenderichtlinie schränkt die Freizügigkeit ein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 127, 3.6.2019, S. 16

Kolev, Galina, 2020a, Globale Lieferketten im COVID-19-Stress, WBS Highlights 2020, Hochschule RheinMain, Wiesbaden, S. 43–46

Kolev, Galina, 2020b, Für eine nachhaltige EU-Handelspolitik, Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Landtag Nordrhein-Westfalen, <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST17-2222.pdf> [10.9.2020]

Kolev, Galina, 2020c, Wie die Wirkung des Protektionismus verkannt wird, IW-Kurzbericht, Nr. 3, Köln

Kolev, Galina / Matthes, Jürgen, 2020, Multilaterale Abkommen: Enthusiasmus und Enttäuschung, in: Wirtschaftsdienst, 100. Jg., Nr. 5, S. 320–324

Kolev, Galina / Obst, Thomas, 2020, Die Abhängigkeit Deutschlands von internationalen Lieferketten, IW-Report, Nr. 15, Köln

Kraatz, Susanne, 2019, Entsendung von Arbeitnehmern, Kurzdarstellungen über die Europäische Union, https://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_2.1.13.pdf [26.8.2020]

Kronberger Kreis, 2020, Kein Rückzug in die Festung Europa!, Berlin

Lindner, Roland, 2020, PSA darf Mitarbeiter nicht transferieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 136, 15.6.2020, S. 20

Matthes, Jürgen, 2006, Doha im Koma – was auf dem Spiel steht, in: ifo Schnelldienst, 59. Jg., Nr. 17, S. 11–14

Matthes, Jürgen, 2007, Weltkrieg um Wohlstand und pathologischer Exportboom?, IW-Analysen, Nr. 28, Köln

Matthes, Jürgen, 2019, Zur Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von China im Außenhandel. Eine Faktensammlung, IW-Report, Nr. 43, Köln

Matthes, Jürgen, 2020a, Die europäische Handelspolitik und China - Schritte zu einer neuen Balance mit fairem Wettbewerb, IW-Analysen, Nr. 138, Köln

Matthes, Jürgen, 2020b, Unternehmensübernahmen und Technologietransfer durch China. Gefahrenpotenziale und Gegenmaßnahmen, IW-Report, Nr. 34, Köln

Matthes, Jürgen, 2020c, China's market distortions and the impact of the Corona crisis, in: CESifo-Forum, 21. Jg., Nr. 3, erscheint in Kürze

Matthes, Jürgen, 2020d, Technologietransfer durch Unternehmensübernahmen chinesischer Investoren, in: Wirtschaftsdienst, 100. Jg., Nr. 8, S. 633–639

Matthes, Jürgen, 2020e, Auf Augenhöhe mit Peking, in: Internationale Politik, Nr. 3, Juni (online), <https://internationalepolitik.de/de/auf-augenhoehe-mit-pekings> [26.8.2020]

Matthes, Jürgen, 2020f, Mehr Licht als Schatten, IW-Kurzbericht, Nr. 86, Köln

Mavroidis, Petros C. / Sapir, André, 2019, China and the World Trade Organisation: Towards a better fit, https://www.bruegel.org/wp-content/uploads/2019/06/WP-2019-06-110619_.pdf [26.8.2020]

Monopolkommission, 2020, Wettbewerb 2020, XXIII. Hauptgutachten, https://www.monopol-kommission.de/images/HG23/HGXXIII_Gesamt.pdf [26.8.2020]

Morin, JF / Dür, A. / Lechner, 2018, Mapping the trade and environment nexus: Insights from a new dataset, in: Global Environmental Politics, Nr. 18(1)

Ottawa Group, 2020, June 2020 Statement of the Ottawa Group: Focusing Action on Covid-19, 22.6.2020, <https://www.wita.org/atp-research/june-2020-statement-of-the-ottawa-group-focusing-action-on-covid-19/> [26.8.2020]

Politico, 2020, Economic patriotism is back amid the coronavirus crisis, 30.3.2020, <https://www.politico.eu/article/economic-patriotism-is-back-amid-the-coronavirus-crisis/> [24.10.20]

Roland Berger, 2017, Sicherheit der Antibiotika-Versorgung in Deutschland: Ist „Made in EU“ eine realistische Option?, https://www.progenerika.de/wp-content/uploads/2017/02/20161212_ProGenerika_Antibiotikastudie2016.pdf [24.6.2020]

Samuelson, Paul A., 2004, Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization, in: Journal of Economic Perspectives, 18. Jg., Nr. 3, S. 135–146

Sassoli, David, 2020, Moderator des Europa-Parlaments, in: Handelsblatt, Nr. 140, 23.7.2020, S. 47

Think!Desk – China Research and Consulting, 2015, Assessment of the normative and policy framework governing the Chinese economy and its impact on international competition, Study for AEGIS, Brüssel

USTR – United States Trade Representative, 2020, Joint Statement of the Trilateral Meeting of the Trade Ministers of Japan, the United States and the European Union, 14.1.2020, <https://ustr.gov/about-us/policy-offices/press-office/press-releases/2020/january/joint-statement-trilateral-meeting-trade-ministers-japan-united-states-and-european-union> [19.6.2020]

WTO – World Trade Organization, 2018, Procedures to enhance Transparency and strengthen Notification Requirements under WTO Agreements, Communication from Argentina, Costa Rica, the European Union, Japan and the United States, JOB/GC/204, Genf

WTO, 2020a, Principles of the trading system, https://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/fact2_e.htm [26.8.2020]

WTO, 2020b, The WTO's 25 years of achievement and challenges, https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/dgra_01jan20_e.htm [26.8.2020]

WTO, 2020c, Trade facilitation, https://www.wto.org/english/tratop_e/tradfa_e/tradfa_e.htm [26.8.2020]

WTO, 2020d, Export prohibitions and restrictions, Information Note, 23.4.2020 https://www.wto.org/english/tratop_e/covid19_e/export_prohibitions_report_e.pdf [26.8.2020]

WTO, 2020e, Trade in medical goods in the context of tackling Covid-19, Information Note, 3.4.2020, https://www.wto.org/english/news_e/news20_e/rese_03apr20_e.pdf [26.8.2020]